

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 66 846 pbbn d



## Inhalt

Dr. Gerhard Schmid MdEP,  
Mitglied im Ausschuß für  
Umweltfragen des Europa-  
parlaments, fordert Bun-  
desinnenminister Zimmer-  
mann auf, der Position des  
EP zu den Großfeuerungsan-  
lagen beizutreten: Farbe  
bekennen. Seite 1

Wolf-Michael Catenhusen  
MdB setzt sich mit den  
SPD-Thesen von Bahro und  
Trampert auseinander:  
System-Opposition nützt  
Wende-Politikern.

Seite 2

Dr. Herta Däubler-Gmelin  
MdB verlangt von der Bun-  
desregierung, den Mutter-  
schutz für Frauen in  
Kleinbetrieben sicherzu-  
stellen: Bundesrats-Ini-  
tiative aufgreifen.

Seite 4

Dr. Liesel Hartenstein MdB,  
Mitglied des Bundestags-  
Innenausschusses, würdigt  
das Nachschlagwerk "Daten  
zur Umwelt": Eine Auffor-  
derung zum Handeln.

Seite 5

### Dokumentation

FRITZ HEINE, der seit sei-  
nen jungen Jahren heraus-  
ragende und verantwortungs-  
volle Funktionen in der  
SPD wahrgenommen hat, wird  
am 6. Dezember 80 Jahre  
alt. Heinz Putzrath (AvS)  
gratuliert. Seite 7

39. Jahrgang / 234

5. Dezember 1984

Das Europaparlament hat Zimmermann überholt

Der Bundesinnenminister muß am Donnerstag Farbe bekennen

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Mitglied im Ausschuß für Umweltfragen des Europaparlaments

Der deutsche Innenminister läßt sich gerne als Vorreiter für Umweltschutz in Europa feiern. Denn angeblich sitzen die Bremsen in den Nachbarländern und hindern ihn an einer wirklich fortschrittlichen Umweltpolitik. Nach der Entscheidung des Europaparlaments über die europäische "Großfeuerungsanlagenverordnung" kann Old Schwurhand jetzt zeigen, wie er's mit dem Eid auf den Umweltfortschritt hält.

Das Parlament hat einen Vorschlag der EG-Kommission für eine Richtlinie zur Begrenzung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen entscheidend nachgebessert. Der neue Entwurf ist schärfer als jede existierende nationale Regelung und geht über die deutsche Verordnung mit ihren Schlupflöchern noch weit hinaus. Damit liegt ein Gesetzentwurf auf dem Tisch, der wirksam den sauren Regen und damit das Waldsterben eindämmen kann. Eine europäische Regelung ist dringend notwendig, weil gut die Hälfte des sauren Regens über die Grenze kommt, -das meiste aus Ländern westlich von uns. Wenn der EG-Ministerrat dem Parlament folgt, dann zwingt die EG-Richtlinie die Bundesrepublik, die Schlupflöcher in der deutschen Großfeuerungsanlagenverordnung zuzumachen. Es ist deshalb von großem Interesse, wie Zimmermann sich bei der Tagung des Umweltministerrats am 6. Dezember verhalten wird.

Dies gilt auch deshalb, weil der Entwurf des Europaparlaments einen zweiten Fall Buschhaus unmöglich macht. Denn die Unterscheidung zwischen Altanlage und Neuanlage wird nicht an der Baugenehmigung, sondern an der Betriebserlaubnis festgemacht. Dem Horten von Baugenehmigungen nach dem alten Standard wird damit ein Riegel vorgeschoben.

Beim Nachbessern haben die CDU/CSU-Europaabgeordneten nur teilweise mitgestimmt. So wurde die maximale Schornsteinhöhe von 100 m gegen ihren Widerstand durchgesetzt. Gerade dies ist aber entscheidend, um eine weiträumige Schadstoffverfrachtung durch die Höhenwinde über die Grenzen hinweg zu verhindern. Die Einbeziehung von Kleinanlagen unter 50 m scheiterte an den Parteichristen, obwohl die Zahl der Kleinanlagen wächst und ihr Verschmutzungspotential erheblich ist.

+ + + (-/5.12.1984/ks/rs)

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 1

Verstärkter Umweltschutz  
mit dem besten ökologischen  
Recycling-Papier



An die Adresse von Bahro und Trampert  
-----

Grüne System-Opposition kann den Bonner Wendepolitikern nur recht sein

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

In den für uns Sozialdemokraten zentralen Fragen von Frieden, Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit sind in den nächsten Jahren in Bonn Bündnisse mit der Union oder gar mit dem gewendeten Liberalismus nicht möglich. Es gilt auch nach dem vorläufigen Scheitern der rot-grünen Zusammenarbeit in Hessen: Zur Durchsetzung sozialdemokratischer Reformpolitik muß der Spielraum für rot-grüne Kooperation ohne Scheuklappen ausgelotet werden. Die politische Kraft der SPD wird allerdings nicht von ihrer Akzeptanz durch andere Parteien, ihrer Bündnisfähigkeit - in welche Richtung auch immer - abhängen, sondern von dem Rückhalt, den sie mit ihren politischen Zielen in der Bevölkerung findet.

Es verstärken sich aber in letzter Zeit Strömungen innerhalb der Grünen, die, ebenso wie Teile der SPD, ein grün-rotes Reformbündnis aus grundsätzlichen strategischen Zielsetzungen ausschließen wollen. Der Antrag von Rudolf Bahro und Rainer Trampert vom Bundesvorstand der Grünen für die kommende Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen bezweckt nichts anderes, als die Grüne Partei als "Systemalternative" aufzubauen, in deren Konzept zwischen SPD, CDU und FDP nicht unterschieden wird. Im Gegenteil, es soll Aufgabe der Grünen sein, die SPD als "die erste alte Formation, die kaputt geht" (Rudolf Bahro) zu entlarven und durch Bekämpfung und Zerstörung der SPD den ersten Schritt zum "Systembruch" zu vollziehen.

Es tun sich für mich - bei aller Unterschiedlichkeit der historischen Situation und des Charakters der Parteien - bestürzende historische Parallelen zur Politik der KPD in der Weimarer Republik gegenüber der SPD auf: Die KPD hielt den Kapitalismus für nicht reformierbar, veränderbar. Sie setzte auf den Zusammenbruch des Kapitalismus, und sah in der SPD eine Partei, die sich in ihrer Politik nicht von anderen Parteien, bis hin zur NSDAP, unterschied. Im Gegenteil: Die SPD sichere dem Kapitalismus die Massenloyalität und verhindere den historisch gesetzmäßig bevorstehenden Zusammenbruch des Systems. So wurde die Entlarvung der SPD als "Sozialfaschisten" zur Hauptaufgabe der Kommunisten in der Spätphase der Weimarer Republik.

Trampert, insbesondere aber Bahro, empfehlen nun eine Strategie gegenüber der SPD, die ich für vergleichbar gefährlich halte: Sie beschreiben ein Industrie-System, das durch eine selbstzerstörerische Logik des Machtapparates (Industrie, Banken, NATO-Militär-Lobby), ökonomische Weltmarktorientierung und entsprechend imperialistischer Außenpolitik und durch Naturzerstörung gekennzeichnet ist. Ihr Ziel für grüne Politik ist: "Grundsätzliche Systemopposition" durch Stärkung der sozialen Bewegungen, um einen "Konsensumsturz" (Bahro) zustandezubringen und die Logik der Macht zu ändern. Ziel Bahros ist dabei offen, die SPD als "Systempartei" zu bekämpfen und zu entlarven: "Was man lernen muß, ist, daß die SPD die erste alte Parteiformation ist, die kaputt geht."

Es ist richtig: Die SPD, die Arbeiterbewegung ist Kind der industriellen Revolution. Die Entstehung industrieller Strukturen hat die Entstehung der Arbeiterbewegung bewirkt, die eine Änderung der Besitzverhältnisse und Mitbestimmung, soziale Sicherheit, humane Arbeit und politische Freiheiten anstrebte, um Ausbeutung und Unterdrückung zu beenden. Die industriellen Strukturen waren für die Arbeiterbewegung aber gleichzeitig ihre materielle Basis. Keine Frage: Die Ausbeutung der Arbeitskraft und der Natur ist an Grenzen angelangt. Eine weitere Entfaltung der Produktivkräfte im Profitinteresse des Kapitals, ohne gesellschaftliche Einflußnahme, kann die natürlichen Grundlagen unserer Gesellschaft endgültig zerstören. Zu stark sind schon jetzt die Belastungen des Bodens, der Luft, des Wassers, der Pflanzen und Tiere und des Menschen selbst geworden.

Wir brauchen einen ökologischen Umbau unserer industriellen Strukturen, um als Industriestaat überleben zu können. Wir brauchen dazu ökologische Investitionen, wie sie im Programm "Arbeit und Umwelt" der SPD beispielhaft umschrieben werden, wir brauchen eine neue Chemiepolitik, eine weitere drastische Reduzierung bis hin zum Verbot gefährlicher Schadstoffe, aber auch eine gezielte, gesellschaftlich gestaltete Entwicklung und Nutzung neuer Technologien, um Energie und Rohstoffe zu sparen und die Entstehung von

Schadstoffen zu verhindern. Wir Sozialdemokraten suchen dabei einen Weg, den die davon betroffenen Arbeitnehmer mitgehen können. Dies wird nicht ohne Konflikte abgehen. Denn nicht jeder Arbeitsplatz kann bei einem ökologischen Umbau unserer industriellen Strukturen erhalten bleiben. So formulierte es auch schon vor Jahren das Umweltprogramm des DGB, auch wenn dies heute mancher Gewerkschaftsführer nicht wahrhaben will.

Diese Konflikte, denen Arbeitnehmer und ihre Organisationen ausgesetzt sind, als Beleg für den Charakter der "Systempartei SPD" zu nehmen, ist Zeichen für eine Verachtung der sozialen Situation vieler Beschäftigter. Abschaltung und Ausstieg aus der Industriegesellschaft sind kein Weg, den Sozialdemokraten gehen wollen, gehen können, wohl aber Umbau und Gestaltung.

Auch der von Bahro und Trampert geforderte Systembruch durch raschen, totalen Ausstieg aus der Weltmarktorientierung der Bundesrepublik Deutschland ist mit uns Sozialdemokraten nicht zu machen. Zweifellos macht die in den letzten Jahrzehnten verfolgte Strategie, ökonomische Probleme bei uns durch verstärkte Exportanstrengungen auszugleichen, uns immer abhängiger von den ungerechten Austauschbedingungen des Weltmarktes und von internationalen Krisen. Wachsende Exportabhängigkeit verstärkt immer mehr den Druck auf die Bundesrepublik, das Tempo der Einführung neuer Technologien als Rationalisierungsinstrument zu beschleunigen, ohne diese Entwicklung gestalten zu können. Wir brauchen eine Strategie, durch Stärkung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage und Herstellung eines wirklich freien EG-Marktes unsere Weltmarktabhängigkeit zu verringern. Wir müssen auch klar sehen, daß die Strategie vor allem der multinationalen Konzerne, die Länder der Dritten Welt immer stärker in die ungerechten Austauschbedingungen des Weltmarktes einzugliedern, die Lebenschancen der Völker der Dritten Welt nicht verbessert. Aber es steht fest: Das dichtbesiedelte Industrieland Bundesrepublik ist auf Arbeitsteilung angewiesen, um die materiellen Werte für die Sicherung der sozialen Existenz breiter Bevölkerungskreise weiterhin schaffen zu können.

Um auch in den Fragen der Friedenssicherung und Außenpolitik Grüne gegen grün-rote Kooperation zu immunisieren, geht Bahro sogar soweit, zu formulieren: "Wenn wir eine SPD-Regierung haben, wird der Kanzler mit Reagan auf dem 7er-Gipfel zusammensitzen und wir werden für alles mitverantwortlich sein." In Osteuropa, vor allem in Polen, konnte und kann man sehr wohl zwischen sozialdemokratischer und konservativer Friedens- und Sicherheitspolitik unterscheiden. Der Regierung Nicaraguas müssen die Unterschiede zwischen sozialdemokratischer und konservativer Friedens- und Entwicklungspolitik nicht erklärt werden. Einen Ausstieg aus dem Weltmarkt wird es für die SPD nicht geben, wohl aber stärkeres Engagement zum Umbau der ungerechten Tauschverhältnisse dieses Weltmarktes und seitens der binnenwirtschaftlichen Nachfrage.

Einen Ausstieg aus der durch Hitlerfaschismus und Weltkrieg entstandenen Spaltung Europas und Einbindung der Bundesrepublik in EG und NATO, eine Aufgabe jeder Art militärischer Verteidigung durch einseitige, sofortige Selbstentwaffnung ist kein Weg, den Sozialdemokraten mitgehen wollen, wohl aber der Umbau unserer Verteidigung hin zu strikt defensiver Ausrichtung der Bundeswehr, zum Einfrieren der Rüstungsausgaben, zum Abbau der Nuklearwaffen auf dem Boden unseres Landes und in Mitteleuropa, zu ersten einseitigen Abrüstungsschritten bis hin zur Reduzierung der Bedeutung militärischer Friedenssicherung durch Fortsetzung und Ausbau politischer Friedenssicherung.

Sollte die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Grünen über gemeinsame Schritte und Wege aus der Gefahr auf grüner Seite durch die Strategie Bahros und Tramperts tabuisiert werden, hätte dies tiefgehende Folgen: Denn wer gibt eigentlich Bahro und Trampert die Sicherheit, daß auf Dauer nicht ganz andere Kräfte als die Grünen selbst von einer antiparlamentarischen Systemopposition, in deren Mittelpunkt die Entlarvung der SPD steht, profitieren werden? Systemopposition à la Bahro würde den Bonnern Wendepolitikern nur recht sein.

Wir Sozialdemokraten haben den Auftrag, Wege und Schritte zur Gestaltung unserer Zukunft aufzuzeigen, in den Grundsatzfragen von Frieden, Arbeit, Umwelt und sozialer Gerechtigkeit. Dies erfordert Abschiednahmen von vielen überkommenen Konzepten, deren Grenzen schon in der Politik der sozialliberalen Koalition deutlich geworden sind. Dies erfordert eine nüchterne Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnisse, die zum Scheitern sozialliberaler Politik in manchem Bereich führte. Ein neues Grundsatzprogramm bildet dabei den Abschluß, nicht den Beginn einer solchen Diskussion. Sollten die Grünen dem Weg Bahros und Tramperts folgen, muß die SPD wohl auf ihre eigene Kraft durch Erneuerung setzen, auch wenn die Rückkehr zur Regierungsverantwortung in Bonn länger dauern würde, als rot-grüne Stimmenaddition dies manche glauben läßt.

**Den Mutterschutz sichern**  
-----

Die Bundesregierung muß die Bundesrats-Initiative aufnehmen, die Leistungen auf Frauen in Kleinbetrieben auszudehnen

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Trotz besserer Abschlußzeugnisse haben es junge Mädchen und Frauen schwerer, einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz zu finden als männliche Bewerber. Geht man den Ursachen für diese Benachteiligung nach, trifft man sehr schnell auf Vorurteile oder unterschwellige Vorbehalte. Es werden jedoch auch die "strengeren Arbeitsschutzbestimmungen" für Frauen mit angeführt, wenn vor allem kleinere, handwerkliche oder mittelständische Betriebe bevorzugt die "weniger gesetzlich geschützten" Männer einstellen. Konkret geht es den Betrieben darum, mögliche Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz zu vermeiden.

Wir erinnern uns: Nach geltendem Recht zahlt die gesetzliche Krankenversicherung einer Arbeitnehmerin während der Schutzfrist vor und nach der Geburt - in der Regel also 14 Wochen - ein Mutterschaftsgeld von 25 DM täglich, die Differenz zum früheren Nettoentgelt übernimmt der Arbeitgeber.

Durch die Einkommensentwicklung der letzten Jahre sind die von Arbeitgeberseite aufzubringenden Zuzahlungen nicht unbeträchtlich gestiegen und können daher insbesondere das Lohnkonto kleinerer Betriebe überproportional belasten. Zu diesem Problem enthält das sogenannte "Beschäftigungsförderungsgesetz" den an sich vernünftigen Abänderungsvorschlag, das Ausgleichsverfahren nach dem Lohnfortzahlungsgesetz zu erweitern.

Die neue Regelung könnte wie folgt aussehen: Eine Schreinerei beispielsweise, die Mutterschaftsgeld für eine Gesellin zahlt, erhält einen Teil dieser Kosten aus einer von den Arbeitgebern errichteten Umlagekasse - ähnlich wie bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - zurückerstattet. Die Lohnersatzleistungen für die schwangere Gesellin werden also von den am Ausgleichsverfahren beteiligten Betrieben gemeinsam aufgebracht und verringern dementsprechend die finanzielle Belastung des einzelnen Betriebes.

Diese grundsätzlich begrüßenswerte Regelung ist indessen so ausgestaltet worden, daß sie ihren Zweck, die Beschäftigung zu fördern, verfehlt. Danach wird die Entlastung für Betriebe nur dann wirksam, wenn die zuständige Krankenkasse das erweiterte Ausgleichsverfahren, das jetzt auch auf Betriebe mit bis zu 30 Beschäftigten ausgedehnt werden kann, in ihre Satzung aufgenommen hat.

Hiergegen melden wir unseren entschiedenen Protest an, denn mit dem unverbindlichen Hinweis auf eine etwaige Satzungsregelung kann das Kostenargument kleinerer Betriebe gegen die Beschäftigung von Frauen sicherlich nicht entkräftet werden. Überläßt man es den von Männern dominierten Selbstverwaltungsgremien, Satzungsänderungen vorzunehmen, dann ist auch zu befürchten, daß dort - wie in weiten Teilen der Wirtschaft auch - jene anzutreffen sind, denen jedes Mittel recht ist, um Frauen aus dem Erwerbsleben zu verdrängen.

Im Übrigen hat auch der Bundesrat - völlig zu Recht - diese fragwürdige Vorschrift beanstandet, die ja nur dann ihren arbeitsmarktpolitischen Zweck erfüllen kann, wenn sie als bundeseinheitliche Regelung für alle Krankenkassen und alle am Ausgleichsverfahren teilnehmenden Betriebe verbindlich ist: Dies bedeutet also, daß das vorgesehene Ausgleichsverfahren - und kraft Gesetzes - auf Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz auf Betriebe mit bis zu 30 Beschäftigten ausgedehnt werden muß.

Wir fordern die Bundesregierung auf, im weiteren Gesetzgebungsgang den Änderungsvorschlag des Bundesrats aufzunehmen. Damit könnten die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen zumindest für den Kreis der schwangeren Arbeitnehmerinnen in kleinen Betrieben den Vorwurf entkräften, ihr "Beschäftigungsförderungsgesetz" würde eher das Gegenteil dessen bewirken, was der Titel verspricht.

(-/5.12.1984/ks/rs)

+ + +



Das Umweltbuch der Nation

Eine Aufforderung zum Handeln

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Mit der Vorlage des 400 Seiten starken Bandes "Daten zur Umwelt" hat das Umweltbundesamt einen wichtigen Markstein gesetzt. Auch wenn es sich, wie Präsident von Lersner sagt, nur um eine "komprimierte Zusammenstellung von Fakten" handelt, ermöglicht sie doch genau das, was bisher gefehlt hat: nämlich einen Gesamtüberblick über die Umweltsituation in der Bundesrepublik.

Der tüchtigen Behörde sei dank dafür gesagt.

Im Übrigen sei daran erinnert, daß die Mehrheitsfraktionen von CDU/CSU und FDP noch vor einem Jahr einen Antrag der SPD, einen "Bericht zur Lage der Natur" zu erstellen, abgelehnt haben mit der Begründung, dies sei nicht machbar. Mit den "Daten zur Umwelt" wurde der Gegenbeweis erbracht.

Daß der Bericht nicht zum Jubeln verlockt, wird niemanden verwundern. Er listet auf, wo Erfolge erzielt wurden, aber auch, wo Defizite bestehen und negative Entwicklungen eingetreten sind.

Auf der Positivseite steht zum Beispiel,

- daß bis 1985 fast alle kommunalen Kläranlagen eine vollbiologische Reinigungsstufe haben werden,
- daß die Staubemissionen gewaltig zurückgegangen sind,
- daß statt Zehntausenden ungeordneter heute 3.000 geordnete Deponien in unserem Lande betrieben werden.

Auf der Negativseite zeigt sich unter anderem, daß fast 30 Prozent unserer Farn- und Blütenpflanzen aktuell bedroht, zum Teil schon ausgestorben sind, und daß es bei den Tierarten, zumal den Wirbeltieren, die große Areale als Lebensraum brauchen, noch viel schlimmer aussieht. Es zeigt sich auch, daß unser Boden schrumpft. Wir leben auf zu großem Fuße. Seit 1951 hat sich die überbaute Fläche um rund eine Million ha erhöht, entsprechend ist die landwirtschaftliche Nutzfläche und sind die naturnahen Flächen wie Moore und Ödland drastisch zurückgegangen.

Der Bericht ist, gerade durch die schonungslose Darlegung von Fakten, geeignet, Anstöße zum Handeln zu geben. Denn Handlungsbedarf besteht! Das ist die wichtigste Lektion dieses Buches. Dafür nur wenige Beispiele:



Bedrohte Artenvielfalt

Wenn der übermäßige Chemieeinsatz zum Beispiel durch Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft zum Artenrückgang beigetragen hat und die Zerstückelung unserer Landschaft zum Beispiel durch Straßenbau, den Tieren ihren Lebensraum genommen hat, dann muß an diesen Stellen eine gründliche Kurskorrektur erfolgen: durch Förderung des integrierten Pflanzenschutzes und des biologischen Landbaus, durch Ausweisung von mehr Naturschutzgebieten und Anlage von Biotopen, durch Drosselung des Straßenbaus.

Sondermüll-Tourismus stoppen

Wenn es so ist, daß bei der Sondermüll-Behandlung noch eine breite Grauzone besteht und 1982 noch 180.615 Tonnen Sonderabfälle in andere Länder exportiert wurden (davon 140.000 t in die DDR), dann offenbart dies ein skandalöses umweltpolitisches Defizit. Es kann zum Beispiel nicht angehen, daß Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein überhaupt noch keinen Vorbehandlungs- und Verbrennungsanlagen für Sonderabfälle errichtet haben und daher zum Giftmüll-Tourismus auch innerhalb des Landes beitragen. Es kann auch nicht toleriert werden, daß die privaten Entsorgungsunternehmen häufig selber bestimmen, was Sondermüll ist und was nicht.

Landverbrauch eindämmen

Wenn, trotz sinkender Einwohnerzahl, weiterhin täglich 120 ha freie Fläche überbaut werden, bedeutet dies eine untragbare Verschwendung des nicht vermehrbaren Bodens. Flächensparende Bauweisen, Auffüllen von Baulücken und Modernisierung müssen daher Vorrang bekommen. Absurd ist es, wenn im Verkehrsbereich der zuständige Minister bis 1990 allein für den Bund noch einmal zusätzlichen "Bedarf" von 13.100 ha für Straßenbau anmeldet. Stattdessen muß der Ausbau des Schienenetzes und der öffentlichen Verkehrsmittel vordringlich gefördert werden.

Die Liste der Beispiele ließe sich noch verlängern. Die SPD-Bundestagsfraktion hofft, daß diese Umwelt-Bestandsaufnahme nicht nur für die Öffentlichkeit erstellt wurde, sondern daß die Regierung Konsequenzen daraus zieht. Zusammen mit dem "Aktionsprogramm Ökologie" zeigen die "Daten zur Umwelt", wo der Weg hingehen muß. Nur: Die Regierung tut bis jetzt das Gegenteil davon. Wann wird sich das ändern?  
(-/5.12.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Glückwunsch für Fritz Heine: "Du warst und bist für viele ein Vorbild"

-----

Zum 80. Geburtstag von Fritz Heine (am 6. Dezember), der seit der Weimarer Republik im Parteiapparat der SPD engagiert war, im Exil den Widerstand gegen Hitler organisierte und nach 1945 zentrale Aufgaben der Partei realisierte, gratulierte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Heinz Putzrath, in einem in herzlichen Worten gehaltenen Schreiben.

Lieber Fritz,

wenn jemandem zurecht das Verdienst zugesprochen wird, an zentraler Stelle der SPD den Widerstand gegen das Nazi-Regime organisiert zu haben, dann mußt Du an erster Stelle genannt werden. In Deiner übergroßen Bescheidenheit hast Du Deine eigene Person immer hintenangestellt und Deine Leistungen nie herausgestellt. Deshalb wissen heute nur wenige, wie Du mit großem persönlichen Mut die Gefahr auf Dich nahmst, mehrere Kurierfahrten aus dem Exil ins Reich zu unternehmen, um die Verbindung zwischen dem Parteivorstand und den illegalen Gruppen aufrecht zu erhalten.

Deiner Umsicht ist es zu verdanken, daß Hunderte politischer und jüdischer Flüchtlinge aus Frankreich in letzter Minute vor dem Zugriff der Gestapo gerettet werden konnten. Als Du selbst die Möglichkeit hattest, in die USA zu gehen, hast Du trotz der Kriegshandlungen den Weg nach England vorgezogen, um dem Geschehen in Deutschland näher zu sein.

Es ist nicht an uns, Deine Aufbauarbeit nach 1945 zu würdigen. An Deinem 80. Geburtstag wünschen wir Dir sehr herzlich Gesundheit und Zufriedenheit. Vor allem aber sagen wir Dir aufrichtigen Dank für Deine mutige Arbeit im Widerstand und Deinen stets selbstlosen Einsatz für die Verfolgten. Du warst und bist für viele von uns ein Vorbild.

In diesem Sinne grüßen Dich in solidarischer Verbundenheit Deine Freunde aus der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

gez. Heinz Putzrath.

(-/5.12.1984/ks/rs)

+ + +

